



Bürgerforum Krisenfeste Gesellschaft

Enquetekommission des Landtags Baden-Württemberg

Dokumentation der 3. Sitzung –
Diskussion in vier Handlungsfeldern

03. November 2022 // 18.00 – 21:00 Uhr // Digital

Inhalt

Rahmen	3
Handlungsfeld Gesundheit	4
Agenda	4
Experteninput.....	4
Ergebnisse.....	5
Kleingruppe 1: Auseinandersetzung mit dem Vortrag: Ideen für Empfehlungen zu bereits identifizierten Maßnahmen	5
Kleingruppe 2: Ideen für Empfehlungen für zusätzlichen Maßnahmen	6
Handlungsfeld Krisenvorsorge.....	7
Agenda	7
Expertinneninput.....	7
Ergebnisse.....	8
Kleingruppe 1: Auseinandersetzung mit dem Vortrag.....	8
Kleingruppe 2: Ideen für weitere Lösungsansätze	9
Handlungsfeld Gesellschaftlicher Zusammenhalt	10
Agenda	10
Experteninput.....	10
Ergebnisse.....	11
Kleingruppe 1: Auseinandersetzung mit dem Vortrag.....	11
Kleingruppe2: Ideen für Empfehlungen zum Thema und Priorisierung	11
Handlungsfeld Wirtschaft.....	13
Agenda	13
Experteninput.....	13
Ergebnisse.....	14
Kleingruppe: Auseinandersetzung mit dem Vortrag & Ideen für Empfehlungen.....	14
Abschluss und Ausblick.....	15

Rahmen

Das Bürgerforum Krisenfeste Gesellschaft beschäftigt sich parallel zur Enquetekommission mit vier Handlungsfeldern: Gesundheit, Krisenvorsorge, Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Wirtschaft. Dazu wurden die 57 Teilnehmenden ihren Wünschen entsprechend gleichmäßig in vier Handlungsfeldgruppen eingeteilt.

Die Sitzung vom 03. November fand digital über den Videokonferenzanbieter Webex statt.

An der Sitzung nahmen 41 Mitglieder des Bürgerforums teil. Vier Gäste aus der Enquetekommission kamen als stille Beobachter*innen dazu. Gäste können die Diskussionen in den Gruppenplena sowie die Vorträge als stille Beobachter*innen mitverfolgen, jedoch nicht an den Diskussionen oder in den Kleingruppen teilnehmen.

Zum Auftakt wurden einige organisatorische Fragen geklärt. Danach hatten die Botschafter*innen des Jugendforums Gelegenheit den Mitgliedern des Bürgerforums einen Einblick in den Stand der Vorbereitung des Jugendforums zu geben. Außerdem gingen sie inhaltlich auf die vier Handlungsfelder ein und erläuterten jeweils die Perspektive der Jugend.

Nach dem gemeinsamen Beginn wechselten die Mitglieder des Bürgerforums in die Videokonferenzräume der Arbeitsgruppen. Dort wurden Themen erörtert, die in der vorangegangenen Sitzung von den Mitgliedern der Arbeitsgruppen als besonders relevant gekennzeichnet worden waren.

Die Themen der vier parallelen Arbeitsgruppen-Sitzungen lauteten:

- Personalmangel im Gesundheitssystem (HF Gesundheit)
- Politische Kommunikation an die Bürgergesellschaft im Zeitalter der sozialen Medien (HF Gesellschaftlicher Zusammenhalt)
- Risiko- und Krisenkommunikation (HF Krisenvorsorge)
- ungleiche wirtschaftliche Belastung (HF Wirtschaft)

Der Ablauf gestaltete sich in allen Arbeitsgruppen sehr ähnlich: Nach einem oder auch zwei Kurzvorträgen und anschließender Diskussion im Plenum haben die Mitglieder in unmoderierten Kleingruppen miteinander diskutiert. Abschließend wurden Ideen entwickelt, auf deren Grundlage in der sechsten Sitzung des Bürgerforums Empfehlungen erarbeitet werden können. Zu diesen ersten Ideen wurde ein unverbindliches Meinungsbild erstellt, indem alle Mitglieder eine begrenzte Anzahl von Punkten auf ihre Favoriten vergeben konnten.

Umgesetzt wurde dies in der Videokonferenz über das Heben der virtuellen Hand.



Handlungsfeld Gesundheit

Agenda

Uhrzeit	Programmpunkt
18:00	Beginn der Sitzung
18:00	Begrüßung und Einführung in großer Runde Botschafter*innen des Jugendforums
18:10	Wechsel in die Handlungsfeldräume
18:20	Impulsvortrag: Wie können wir ausreichende Pflege in der Zukunft sicherstellen? Prof. Dr. Heinz Rothgang
18:40	Rückfragen
18:50	Kleingruppenarbeit: Welche der bereits identifizierten Maßnahmen finden Sie besonders wichtig, um den Personalmangel im Gesundheitssystem zu beheben?
19:20	Diskussion in Plenum
19:45	Pause
19:55	Kleingruppenarbeit: Welche zusätzlichen Maßnahmen scheinen Ihnen geeignet, um den Personalmangel im Gesundheitssystem zu beheben?
20:15	Diskussion im Plenum
20:40	Priorisierung der identifizierten Lösungsansätze
20:55	Ausblick und Verabschiedung
21:00	Ende

Experteninput

Prof. Dr. Heinz Rothgang, Universität Bremen

Als Experte wurde Prof. Dr. Rothgang in die zweite Sitzung des Handlungsfelds Gesundheit eingeladen. Herr Rothgang lehrt und forscht als Gesundheitsökonom an der Universität Bremen und leitet am Socium Forschungszentrum die Abteilung „Gesundheit, Pflege und Alterssicherung“. In seiner Arbeit beschäftigt er sich nicht zuletzt mit Innovationen in der Pflege und ist als Gutachter zu Fachkraftquoten im Bereich der Pflege tätig.

Herr Rothgang hielt einen 15-minütigen Impulsvortrag zum Thema **Wie können wir ausreichende Pflege in der Zukunft sicherstellen?** Die wichtigsten Punkte, die darin vertieft wurden, sind folgend stichwortartig zusammengefasst:

Konzeptionelle Klärungen

- Personalmangel: Sowohl Probleme, vorhandene Stellen zu besetzen als auch zu wenig Stellen, um fachgerecht arbeiten zu können
- Betroffene Berufsgruppen: Alle Gesundheitsberufe
- Zeitliche Perspektive: Heute und in der Zukunft

Daten und Fakten

- Fachkräfteanalyse heute: Schon heute und in Bezug auf vorhandene Stellen haben wir einen flächendeckenden Fachkräfteengpass
- Fachkräfteanalyse morgen: Anteil der Erwerbstätigen, die in der Langzeitpflege arbeiten, muss sich verdoppeln, um heutige Betreuungsrelationen zu erhalten

Lösungsansätze

- berufliche Pflege muss attraktiver werden: Aufstiegschancen, Vereinbarkeit von Pflege und Familie/Privatleben, Entlohnung, Arbeitsbedingungen

Ergebnisse

In der Arbeitsgruppe zum Handlungsfeld Gesundheit wurden auch die Ergebnisse in der ersten Kleingruppendiskussion gewichtet. Die Zahl in Klammern gibt die Anzahl der erhaltenen Punkte wieder.

Kleingruppe 1: Auseinandersetzung mit dem Vortrag: Ideen für Empfehlungen zu bereits identifizierten Maßnahmen

Fragestellung

- Welche der folgenden Maßnahmen finden Sie besonders wichtig, um den Personalmangel im Gesundheitssystem zu beheben?
 - Umschulungen und Weiterbildungen
 - Verbesserung der Work Life Balance
 - Umwandlung von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigungen
 - Erhöhung der Ausbildungszahlen
 - Zuwanderung von Fachkräften
 - verstärkte Digitalisierung

Ergebnisse der Kleingruppenarbeit 1:

Cluster 1: Umschulungen und Weiterbildungen (0)

- Nicht vielversprechend, Verlagerung des Problems
- Keine langfristige Lösung
- Wer hätte überhaupt Interesse sich umschulen zu lassen? (wenig Anreize)

Cluster 2: Verbesserung der Work Life Balance (4)

- Große Herausforderung, vor allem mit Familie und Kindern
- Ruhezeiten müssen garantiert sein (keine Bereitschaftsdienste)
- Es braucht mehr Arbeitnehmer*innen, um Work Life Balance umzusetzen
- Es braucht mehr besetzte Stellen

Cluster 3: Umwandlung von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigungen (1)

- Nicht vielversprechend
- Viele Menschen können nur Teilzeit arbeiten, nicht Vollzeit
- Teilzeitstellen dürften nicht abgeschafft werden
- Eine reine Umwandlung könnte sogar kontraproduktiv sein
- Es braucht Voraussetzungen, sodass Teilzeitkräfte Vollzeit arbeiten könnten

Cluster 4: Erhöhung der Ausbildungszahlen (0)

- Mehr Anreize für Ausbildungsberufe schaffen (im Vergleich zum Studieren)
- NC für Medizin-Studium könnte herabgesetzt werden

Cluster 5: Zuwanderung von Fachkräften (2)



- Arbeitnehmer*innen müssen die Möglichkeit haben, z.B. übers Wochenende nach Hause zu fahren
- Nur eine vorübergehende Lösung, wenn Arbeitnehmer*innen nicht dauerhaft nach DE einwandern wollen
- Emotionale Belastung, die Familie langfristig zu verlassen
- Für langfristige Einwanderung braucht es Wohnraum, Schulen, etc.
- Mehr Respekt/Wertschätzung vor ausländischen Fachkräften nötig
- Sprachbarrieren müssten abgebaut werden

Cluster 6: Verstärkte Digitalisierung (0)

- Nicht gewinnbringend
- Kann sogar ausbremsen, wenn zu vieles digital eingetragen werden muss

Kleingruppe 2: Ideen für Empfehlungen für zusätzlichen Maßnahmen

Fragestellung

- Welche zusätzlichen Maßnahmen scheinen Ihnen geeignet, um den Personalmangel im Gesundheitssystem zu beheben?

Ergebnisse der Kleingruppenarbeit 2:

Cluster 1: In DE ausgebildete Fachkräfte sollten in DE gehalten werden (9)

- Mediziner*innen (insbesondere Assistenz-Mediziner*innen) müssen in DE gehalten werden

Cluster 2: Berufe im Gesundheitswesen müssen attraktiver gestaltet werden (8)

- Beruf = Berufung, Menschen müssen sich für ihren Beruf berufen fühlen
- Finanzielle Anreize, Bezahlung muss stimmen (um Abwanderung zu vermeiden)
- Work Life Balance, Vereinbarkeit Familie & Beruf
- z.B. keine Wochenenddienste, wenn nicht erwünscht
- Attraktive Ausbildung
- FSJ attraktiver gestalten, um Begeisterung für Gesundheitsberufe zu schaffen
- Ermöglichen, ein Freiwilliges Jahr auch über 18 Monate hinaus zu verlängern
- Ehrenamt im Gesundheitswesen fördern (z.B. durch angemessene Aufwandsentschädigung)
- (Finanzielle) Aufwertung von Ausbildungsberufen und körperlicher Arbeit

Cluster 3: Mehr Menschlichkeit, weniger Bürokratie (7)

- Bei Anwerbung von Personal auf "menschlichen Aspekt" achten, nicht nur auf "Raster"
- Menschlicher Aspekt muss stärker im Vordergrund stehen
- Bewertung von Leistung muss gesellschaftlich geändert werden

Cluster 4: Neue Berufsbilder schaffen (4),

- um bisherige Berufe zu entlasten (z.B. bzgl. "Papierkram")

Handlungsfeld Krisenvorsorge

Agenda

Uhrzeit	Programmpunkt
18:00	Gemeinsamer Beginn
18:00	Begrüßung und Einführung in großer Runde Botschafter*innen des Jugendforums
18:15	Wechsel in die Handlungsfeldräume
18:20	Impulsvortrag: Krisenkommunikation – „Lessons-to-Learn“ aus der Flutkatastrophe 2021 Melanie Schwarz, DKKV
18:40	Rückfragen im Plenum
19:05	Kleingruppenarbeit 1: Reflektion des Vortrags
19:25	Diskussion im Plenum
19:45	Pause
20:00	Kleingruppenarbeit 2: weitere Empfehlungen/Lösungsansätze
20:20	Diskussion im Plenum
20:40	Priorisierung der Ideen
20:50	Feedback
20:55	Ausblick und Verabschiedung
21:00	Ende

Expertinneninput

Melanie Schwarz, Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge (DKKV)

Melanie Schwarz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Komitee für Katastrophenvorsorge (DKKV). Der DKKV ist ein Dachverband für Institutionen aus dem Bereich des Katastrophenrisikomanagements und seit 30 Jahren die größte nationale Plattform für Katastrophenvorsorge in Deutschland. Das Komitee versteht sich als Schnittstelle von Wissenschaft/Praxis/Verwaltung und Politik; Schwerpunkte seiner Arbeit sind Beratung, Wissenschaftskommunikation und die Pflege eines Netzwerks zu nationalen und internationalen Akteuren der Krisen- und Katastrophenvorsorge.

Frau Schwarz hat Geographie in Heidelberg, in Bogotá/Kolumbien und an der Universität der Vereinten Nationen studiert und sich dabei auf die Themen Umweltrisiken und Klimawandelanpassungen fokussiert. Beruflich sammelte sie Erfahrungen in der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der deutschen Welthungerhilfe. Am DKKV arbeitet sie seit 2021; hier beschäftigt sie sich vor allem mit Wasserextremereignissen (Starkregen/Hochwasser).

In Ihrem Vortrag stellte Fr. Schwarz Lehren aus der Flutkatastrophe vor, die sich 2021 in Deutschland ereignete und dabei vor allem das Ahrtal traf; dabei ging sie vertieft auf das

Thema Risiko- und Krisenkommunikation ein. Die zentralen Aussagen des Vortrags sind folgend stichpunktartig zusammengefasst.

Übergeordnete Lehren aus der Flutkatastrophe 2021:

- Stärkung der Risikowahrnehmung und Förderung einer positiven Risikokultur
- Verbesserung der Risikokommunikation
- Fokus auf Vorsorge
- Verbesserung von Risikoanalysen
- Mehr Raum für Flüsse und Wasserrückhaltung
- Stärkung von kritischen Infrastrukturen
- Frühwarnung neu denken
- Krisenkommunikation und -management robuster gestalten
- Bessere Koordinierung
- Den Notfall planen und üben
- Angepasstes Material für operative Hilfskräfte
- „Build-back-better“ statt Wiederaufbau

Ergebnisse

In unmoderierten Kleingruppen diskutierten die Teilnehmenden in zwei Runden verschiedene Fragen, um den Vortrag und das Thema sowie die Problematik zu vertiefen. Die Ergebnisse wurden auf einer digitalen Pinnwand festgehalten und zu Themenclustern zusammengefasst. Gegen Ende der Sitzung wurden die Cluster beider Diskussionsrunden von den Teilnehmenden priorisiert. Jede Person hatte 4 Stimmen zu vergeben; für jedes der Cluster durfte maximal eine Stimme pro Person vergeben werden. Durch die Priorisierung wurde ein Meinungsbild der Teilnehmenden eingefangen, welches ggf. bei der späteren Erarbeitung konkreter Empfehlungen in diesem Handlungsfeld herangezogen wird.

Die Ergebnisse der Kleingruppenarbeit sind folgend stichwortartig aufgelistet; die Stimmanzahl pro Cluster steht dabei in Klammern hinter der entsprechenden Karte.

Kleingruppe 1: Auseinandersetzung mit dem Vortrag

Fragestellung

- Welche der im Vortrag angesprochenen Aspekte sind aus Ihrer Sicht besonders wichtig, um die Kommunikation in Krisen zu verbessern?

Ergebnisse der Kleingruppenarbeit 1:

Cluster 1: Praktische Übungen zur Vorbereitung auf Krisen/Katastrophen (auch für Kinder) (5)

Cluster 2: Selbstverantwortung der Bürger*innen in Krisen stärken (3)

- Wichtig zu erwägen, wo der Staat verantwortlich ist und wo die mündigen Bürger*innen aktiv werden müssen

Cluster 3: Regelmäßige Testung der vorhandenen Krisenpläne: Sind diese selbst „krisenfest“? (4)

- Alternativen zum Handy als Kommunikationsmittel
- vgl. Ahrtal: Kommunikationssysteme ausgefallen

Cluster 4: Positive Risikokultur etablieren (5)

- Bereits früh in Erziehung/Bildungssystem verankern
- Mehr Öffentlichkeitsarbeit von DKKV etc. (z.B. an Schulen), um Risikobewusstsein in der Bevölkerung zu fördern



Cluster 5: Dezentrale Krisenvorsorge und -kommunikation: Menschen auf kommunaler Ebene informieren (4)

- Über genaue Handlungsabläufe, Bedeutung einzelner Sirenen etc.

Cluster 6: Klare Handlungsleitfäden: Was mache ich in der akuten Krise? (8)

- Struktur der Krisenkommunikation verbessern: Klare Handlungsabläufe; kurz und prägnant formuliert

Cluster 7: Nachbarschaftshilfe: Gute Vernetzung von Akteuren in der Zivilgesellschaft (0)

Cluster 8: eine zentrale Warn App (2)

- Nicht nur Warnungen, sondern auch Hilfsmaßnahmen/Handlungen über die App kommunizieren

Kleingruppe 2: Ideen für weitere Lösungsansätze

Fragestellung

- Haben Sie Ideen, durch welche zusätzlichen Maßnahmen die Risiko- und Krisenkommunikation verbessert werden könnte? Berücksichtigen Sie dabei auch Krisen, die schwerer zu fassen sind, wie bspw. den Klimawandel.

Ergebnisse der Kleingruppenarbeit 2:

Cluster 1: Bildungssystem als Schlüssel (8)

Cluster 2: Verbesserung der Kommunikation: Bund vs. Land (7)

- Klare Unterscheidung nötig: Ist etwas eine weitreichende Krise oder eine regionale Katastrophe?
- Auf welcher Ebene muss (regional, bundesweit, grenzüberschreitend) gehandelt werden?

Cluster 3: Krisenprävention durch „informierte Gesellschaft“ (2)

- Zentral bei Krisenkommunikation: Medienkompetenz
- Problemkomplex: Fake News und „Lügenpresse“-Wahrnehmung
- Ansatz in frühkindlicher Bildung: bereits Kinder müssen lernen, Quellen zu prüfen etc.
- Verantwortung der Medien: Objektive Berichterstattung; kein „Sensationsjournalismus“

Cluster 4: Krisenprävention durch Abkehr/Überdenken von Wirtschaftswachstum (2)

- vgl. Grenzen des Wachstums: Probleme (des konstanten Wirtschaftswachstums) sind wissenschaftlich lange erkannt, werden aber ignoriert

Cluster 5: Prävention durch Raumplanung/Städtebau (0)

- Städte gar nicht erst so bauen, dass Wasser nicht abfließen kann

Cluster 6: Erziehung zur Resilienz, Selbstständigkeit und Krisenfestigkeit (0)

- Kinder werden „in Watte gepackt“
- Von früh auf: Förderung von Bürger*innen, Verantwortung zu übernehmen, eigene Lösungsansätze zu entwickeln und selbstständig zu denken



Handlungsfeld Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Agenda

Uhrzeit	Programmpunkt
18:00	Gemeinsamer Beginn
18:00	Begrüßung Botschafter*innen des Jugendforums
18:15	Wechsel in die Handlungsfeldräume
18:20	Impulsvortrag: Politische Kommunikation in sozialen Medien Dr. Jan-Hinrik Schmidt, Hans-Bredow-Institut
18:35	Kleingruppenarbeit: Kurze Reflexion des Vortrags
18:45	Rückfragen im Plenum
19:05	Kleingruppenarbeit: Herausforderungen für das Verständnis von politischer Kommunikation
19:20	Diskussion in Plenum
19:35	Pause
20:00	Kleingruppenarbeit: Ideen für Empfehlungen/Lösungsrichtungen
20:15	Diskussion im Plenum
20:35	Priorisierung der identifizierten Ideen
20:45	Feedback
20:55	Ausblick und Verabschiedung
21:00	Ende

Experteninput

PD Dr. Jan-Hinrik Schmidt, Hans-Bredow-Institut

Jan-Hinrik Schmidt ist Senior Researcher für digitale interaktive Medien und politische Kommunikation am Leibniz-Institut für Medienforschung in Hamburg. Seit 2020 koordiniert er dort auch die Aktivitäten des Standorts Hamburg im "Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt" (FGZ).

Die von den Teilnehmenden in Sitzung 2 vorgeschlagenen Schwerpunktthemen (Nachvollziehbarkeit, Transparenz und Kommunikation von politischen Maßnahmen) sollten in dieser Sitzung vertieft werden mit einem Fokus auf politischer Kommunikation in digitalen Medien. Herr Schmidt ging zuerst auf den Wandel der Öffentlichkeit im Zeitalter von sozialen Medien wie Facebook, Instagram oder Twitter ein und erklärte, wie dies die politischen Kommunikationswege verändert. Im Anschluss beschrieb er die Möglichkeiten und Gefahrenpotenziale von politischer Teilhabe in sozialen Medien. Abschließend zeigte er Fehlentwicklungen in Form von Desinformationen und einer problematischen Gesprächskultur auf und erklärte die Folgen, die sich daraus für die demokratische Meinungs- und Willensbildung ergeben.



Ergebnisse

In unmoderierten Kleingruppen diskutierten die Teilnehmenden in drei Runden verschiedene Fragen, um den Vortrag und das Thema sowie die Problematik zu vertiefen. Die Ergebnisse wurden auf einer digitalen Pinnwand festgehalten und sind im Folgenden dokumentiert. Die Ergebnisse der letzten Diskussionsrunde wurden außerdem zu Themenclustern zusammengefasst.

Kleingruppe 1: Auseinandersetzung mit dem Vortrag

Fragestellungen

- Was fanden Sie besonders spannend?
- Welche Fragen sind noch offengeblieben?

Ergebnisse der Kleingruppenarbeit 1:

Folgende Fragen wurden an Herrn Schmidt gerichtet:

- Können große Social-Media-Plattformen einfach so EU-Gesetze umgehen? Und wenn ja, wieso?
- Wie effektiv ist die bisherige Bekämpfung von Fake-News? (z.B. durch Institutionen wie "CORRECTIV")
- Kann man die Urheber von Fake-News rechtlich verfolgen/ bestrafen? Was halten Sie davon?
- In welche Richtung entwickelt sich die mediale Öffentlichkeit? Ist es heute schlimmer als früher? (z.B. Hetze)

Kleingruppe2: Ideen für Empfehlungen zum Thema und Priorisierung

Fragestellungen

- Wodurch wird politische Kommunikation unverständlich? Was sind Gründe dafür?
- Was führt dazu, dass Informationen nicht ankommen oder nicht akzeptiert werden?
- Was können besondere Herausforderungen für das Verständnis und Akzeptanz in Krisen sein, wenn schnelle Kommunikation wichtig ist?

Ergebnisse der Kleingruppenarbeit 2:

Cluster 1: Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen

- Einfache und verständliche Sprache ist wichtig, um zu gewährleisten, dass alle Personengruppen die gleichen Informationen erhalten.
- Entscheidungen sollen stets begründet werden; Entscheidungsprozesse müssen konsequent transparent gemacht werden, um die Nachvollziehbarkeit von (unpopulären) Entscheidungen zu erhöhen/ zu ermöglichen.

Cluster 2: Art und Weise der Kommunikation/ Kommunikationskanäle

- Ungenaue Formulierung von Problemen vermeiden; Rhetorik ist wichtig
- Klare und eindeutige Positionierung der Politiker*innen
- Im Sinne einer nachvollziehbaren und konsistenten Kommunikation sollten Politiker*innen (speziell in Krisenzeiten) vermeiden, Informationen voreilig und ungefiltert in Sozialen Medien zu verbreiten. Dies führe zwangsläufig zu Verwirrung



und Unverständnis. Es wurde vorgeschlagen, diese Art der Kommunikation stets durch Medienberater*innen prüfen zu lassen und sich ggf. im Vorfeld entsprechend von diesen weiterbilden zu lassen. Unter der Annahme, dass Politiker*innen bereits jetzt schon ausreichend Zugang zu entsprechender Beratung haben, wurde dieser Vorschlag auch kritisch diskutiert.

- Vorschlag für politische Kommunikation (in Krisenzeiten): zentrale App / SMS, über die die Bevölkerung schnell und unkompliziert informiert wird.

Cluster 3: Vertrauen

- Politik muss offen und selbstbewusst auftreten - Mut zur Direktheit
- Es muss sich eine Bereitschaft zur Korrektur etablieren; Fehler eingestehen
- Problem: Das Vertrauen in politische Kommunikation in soziale Medien schwindet, während gleichzeitig das Vertrauen in traditionellen Medien von populistischer Seite untergraben wird.

Ergebnisse der Kleingruppenarbeit 2:

Fragestellungen

- Worauf muss bei politischer Kommunikation geachtet werden, damit sie für alle verständlich ist?
- Was sollte die Politik beachten, wenn sie mit der Bürgergesellschaft kommuniziert?
- Worauf muss gerade in Krisen bei der Kommunikation geachtet werden?

Cluster 1: Multiplikator*innen / Dezentrale Verbreitung von Informationen

- Informationskanäle allgemein bespielen (übergeordnete Struktur)
- Detaillierte und spezifische Informationen an Multiplikator*innen geben (Schule, Hausarzt, Verein etc.): Das ermöglicht die Weitergabe von Informationen in bestehenden Vertrauensverhältnissen.
- Kontrollinstanz wichtig (Gefahr der Verfälschung von Informationen durch Multiplikator*innen)

Cluster 2: Fehlerkultur / Ehrliche Kommunikation

- Selbstbewusst auftreten, Mut zur Korrektur
- Fehler eingestehen (nachvollziehbar, wenn in Krisenzeiten unter Zeitdruck gehandelt werden muss)
- Konsequenzen aus Fehlverhalten ziehen. Rücktritt als „mutige Entscheidung“.
- ABER: Unterschied zwischen Fehler und Betrug/Vorsatz deutlich machen

Cluster 3: Klare, deutliche und verständliche Kommunikation

- Einfache Sprache verwenden, um verschiedene Personengruppen zu erreichen und gleichen Informationsstand in der Gesellschaft zu schaffen: Basis für Zusammenhalt.
- Kleinteiliger informieren: Entscheidungsprozesse transparent machen.
- Unüberlegte, politische Kommunikation über soziale Medien vermeiden: Kontrollinstanzen und Rhetorik-Schulungen.

Cluster 4: Fake-News konsequent bekämpfen

- Entschlossenes Vorgehen auf Plattformen gegen organisierte Manipulation.
- Die Reichweite von Politiker*innen für die Richtigstellung von falschen Informationen nutzen. Gleiche Kanäle nutzen, wie Fake-News-Verbreiter*innen.
- Härtere Strafen für die bewusste Verbreitung von Falschmeldungen

Handlungsfeld Wirtschaft

Agenda

Uhrzeit	Programmpunkt
18:00	Gemeinsamer Beginn
18:00	Begrüßung Botschafter*innen des Jugendforums
18:15	Wechsel in die Handlungsfeldräume
18:20	Impulsvortrag I: Welche Bevölkerungsgruppen sind von Krisen besonders betroffen Matthias Bauer, Verbraucherzentrale Baden-Württemberg
18:35	Impulsvortrag II: Einblick in den Alltag Alleinerziehender Brigitte Rösiger, Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV e.V.)
18:50	Diskussion im Plenum
19:20	Pause
19:45	Kleingruppenarbeit
20:25	Diskussion im Plenum
20:45	Priorisierung der identifizierten Ideen
20:55	Feedback, Ausblick und Verabschiedung
21:00	Ende

Experteninput

Matthias Bauer, Verbraucherzentrale Baden-Württemberg

Matthias Bauer ist Leiter der Abteilung Bauen, Wohnen und Energie bei der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg.

Nach einem Überblick über die aktuelle Situation stellte Herr Bauer vor, welche Gruppen besonders von Energiearmut gefährdet sind. Ein geringes Haushaltseinkommen ist der entscheidende Risikofaktor. Er betrifft vor allem

- Geringverdiener
- Kinderreiche Familien
- Alleinerziehende
- Rentnerinnen

Wenn mehr als 10 Prozent des Haushaltseinkommens für Energie aufgewendet werden müssen, gilt das als energiearm. Mit Verweis auf eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft¹ berichtete Herr Bauer, dass zwischen 2021 und Mai 2022 die Quote der von Energiearmut gefährdeten Haushalte stark angestiegen ist. Gefährdet ist zunehmend auch die untere Mittelschicht.

¹ Henger, Ralph / Stockhausen, Maximilian, 2022, Gefahr der Energiearmut wächst, IW-Kurzbericht, Nr. 55, Köln / Berlin



Abschließend ging Herr Bauer darauf ein, dass die Politik bei den Hilfsmaßnahmen immer noch zu sehr das Gießkannenprinzip anwende. Alle würden Hilfen erhalten. Reiche profitierten davon überproportional, während bei den armutsgefährdeten Haushalten und der unteren Mittelschicht, die auf Unterstützung angewiesen seien, zu wenig ankomme.

Brigitte Rösiger, Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV e.V.)

Sozialpädagogin und systemische Familientherapeutin, Geschäftsführerin des Landesverbandes alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) in Baden-Württemberg

Frau Rösiger berichtete, dass schon vor der Krise ein hoher Anteil der Alleinerziehenden trotz Arbeit auf Transferleistungen angewiesen gewesen sei, um das Existenzminimum für sich und ihre Kinder zu sichern. Als Gründe dafür führte sie vor allem die Teilzeitfalle an und dass Familienleistungen Alleinerziehende nicht oder schlecht erreichen. Sie gelten, wie das Ehegattensplitting, nicht für Ein-Eltern-Familien, können aufgrund des geringen Einkommens nicht in Anspruch genommen werden (Kinderfreibeträge) oder werden auf andere Leistungen angerechnet (Kindergeld und SGB II) So kam der Corona-Kinderbonus von 150 € bei den Ein-Eltern-Familien nicht an, obwohl gerade die Alleinerziehenden in der Pandemie extrem belastet waren.

In der Krise waren und sind Alleinerziehende aufgrund des geringen Einkommens auch finanziell besonders belastet. Dazu kamen in der Corona-Zeit höhere Kosten, z.B. durch den Wegfall des Schul- oder Kitaessens, Ausgaben für digitale Geräte oder auch Drucker bzw. Ausdrucke. Darüber hinaus hat die Wohnsituation zur Belastung beigetragen: Viele Mütter haben kein eigenes Zimmer, viele Kinder haben keinen eigenen Schreibtisch.

Ergebnisse

Kleingruppe: Auseinandersetzung mit dem Vortrag & Ideen für Empfehlungen

Fragestellung – Auseinandersetzung mit dem Vortrag

- Was ist Ihnen aufgefallen?
- Welche Aspekte fanden Sie besonders wichtig?
- Wo haben Sie eigene Erfahrungen oder können über Erfahrungen berichten?
-

Fragestellung/Impulse – Ideen für Empfehlungen

- Lösungsideen
- Empfehlungen, wo die Politik bessere Lösungen finden soll, weil sie vielleicht das, was es jetzt gibt, als ungerecht empfinden
- Was genau ist „dysfunktional“ (funktioniert nicht)?
- Was sollte das Ziel sein?

Ergebnisse der Kleingruppenarbeit:

- Hilfsfonds für besondere Härtefälle (zentrale Ansprechstelle) – (6)
- „Krisengewinner“ müssen transparent und nachvollziehbar ihre Preise vorlegen – (5)
Dieser Beitrag bezieht sich auf Gewinne von Energieversorgern.
- Bürokratische Prozesse allgemein optimieren – (3)

Dieser Beitrag bezieht sich am Rande auf die Erfahrungen mit den Corona-Hilfen und nimmt vor allem generellen Unmut über als zu langwierig und zu kompliziert empfundene bürokratische Vorgänge auf.

- Förderung von Alleinerziehenden – (3)
 - Forderungen für Alleinerziehende verstärken
 - Kinderbetreuung für Alleinerziehende ausbauen
 - Kinderbetreuung über Steuergelder (Allgemeinheit) sicherstellen
- Gebührenordnung überdenken (im Rahmen des Bundeslandes) – (2)
Dieser Beitrag bezieht sich darauf, dass der Staat seine Bürger*innen auch entlasten kann, indem er Gebühren senkt. Diese müssen gar nichts mit Energie z.B. zu tun haben. den Bürger*innen kam es auf die Entlastung an.
- Selbstversorgung (Photovoltaik) – (2)
 - das Erleichtern des Ausbaus von Möglichkeiten der Selbstversorgung (Photovoltaik)
 - bürokratische Prozesse zur Aktivierung von PV-Anlagen optimieren
- Weg von der „Gießkanne“ (nicht auf Landesebene regulierbar) – (2)

Abschluss und Ausblick

Am 17. November wird sich das Bürgerforum Krisenfeste Gesellschaft mit folgenden Themen befassen:

Handlungsfeld Gesundheit:

Kostendruck und ökonomische Anreize im Gesundheitssystem

Handlungsfeld Krisenvorsorge:

Kommunikation in der Krise

Handlungsfeld Gesellschaftlicher Zusammenhalt:

Gesellschaftliche Spaltung durch Informationen (Filterblasen, Gruppenbildung und Schubladendenken, Fehlender Dialog, Social Media)

Handlungsfeld Wirtschaft:

freier Zugang zu Bildung